

Edle Pfälzer Queues mit Weltklasse

SERIE – PFÄLZER PERLEN (6): Frankenthaler Firma stellt maßgefertigte Spielstöcke für Billard her – Bis zu 50 000 Dollar pro Stück

VON FRANK GELLER

FRANKENTHAL. Die Pfalz – das ist mehr als Wald und Reben. Hier entstehen hochspezialisierte und dekorierte Spitzenprodukte in unterschiedlichsten Unternehmen. Die RHEINPFALZ stellt in einer Serie einige dieser Pfälzer Perlen vor.

Marcus Dienst hat seine Nische gefunden: Vor 15 Jahren hat der heute 42-Jährige zusammen mit seiner Frau Marianne die Firma Arthur Queue gegründet. Im Mittelpunkt steht die Fertigung maßgeschneiderter Queues, für die die Besteller im Schnitt 2000 bis 3500 Euro ausgeben, deren Produktion aber auch zwischen sechs Monaten und zwei Jahren dauern kann. Dienst vertreibt zudem weiteres Billard-Zubehör, gut 4000 Artikel sind im Programm.

Seine Queues bestehen aus Edelhölzern, die Dienst über Großhändler in Hamburg oder den USA bezieht. Für die Individualisierung sorgen ornamentale Einlegearbeiten aus Gold, Silber, Edelsteinen oder weiteren Edelhölzern.

Wie ein Instrument müsse ein Queue ein bestimmtes Gewicht und konkrete Spieleigenschaften haben, die auf die Bedürfnisse eines Profis oder ambitionierten Freizeitspielers zugeschnitten seien, erklärt der Fachmann. „Ein Queue ist mehr als ein einfacher Holzstock. Ein routinierter Spieler spürt einen Gewichtsunterschied von wenigen Gramm.“ Nur 60 dieser hochwertigen Queues verlassen pro Jahr seine Werkstatt.

Arthur Queue hat auch ein Standbein im amerikanischen Markt mit seinen 50 Millionen Billard-Spielern.

Von einem Hinterhof im Frankenthaler Gewerbepark Nord aus hat es der gebürtige Ludwigshafener unter die Besten seiner Zunft geschafft. Dienst ist nach eigenen Angaben einer von etwa zehn Queue-Herstellern in Deutschland, wobei außer ihm nur Michael Vollmer im südschwedischen Bidingen auf einem ähnlich hohen Niveau arbeite. „Dank guter Mund-zu-Mund-Propaganda habe ich mir meinen Kundenstamm er-



Feinarbeit: Marcus Dienst, Chef und Gründer der Frankenthaler Arthur Queue, fertigt ganz individuell gestaltete Billard-Spielstöcke mit Einlegearbeiten aus Gold, Silber, Edelsteinen und Edelhölzern. FOTO: BOLTE

schlossen und meine Nische im Markt gefunden“, sagt Dienst. In Deutschland sei dieser mit 40.000 organisierten Billardspielern überschaubar. Daher freut sich Dienst umso mehr über den Zugang zum US-Markt mit gut 50 Millionen Spielern, den er sich in den vergangenen Jahren habe aufbauen können.

Als erster Deutscher überhaupt habe er erstmals 2006 eine Einladung zur Fachmesse International Cue Collectors Show nach Las Vegas erhalten, bei der sich zwölf Queue-Hersteller treffen. Dort präsentiert Dienst seither jedes Jahr Queues, die mindestens 5000 Dollar kosten müssen. „Wenn man es zu dieser Messe geschafft hat, gehört man zu den 20 Besten der Welt“, so der 42-Jährige.

Nach dem amerikanischen Markt hat Dienst nun Asien und den arabischen Raum im Blick, wo Billard an Bedeutung gewinne. Kontakte in Japan und Bahrain seien jüngst über Messeauftritte entstanden, die ersten Queues schon verkauft.

Der Start seiner kleinen Firma sei indes alles andere als leicht gewesen, betont Dienst. „Queue-Bauen gibt es nicht als Lehrberuf.“ Er sei ausgebildeter Werkzeugmacher und begeisterter Billardspieler. „Alles hat damit angefangen, dass ich für Freunde Reparaturarbeiten übernommen habe. Dann habe ich mir einen Queue mal genauer angeschaut und gedacht, das kann ich auch.“ Er habe sich Kenntnisse im Schreinern und Drechseln sowie Lackieren aneignen

müssen, berichtet Dienst. Darüber hinaus habe er etliche Fachbücher verschlungen, um in die Materie einsteigen zu können. Die ersten drei Jahre seien kein Zuckerschlecken gewesen, finanzielle Unterstützung sei ausschließlich von der Familie gekommen, betont Dienst. „So eine Spinnerei finanziert einem keine Bank.“ Seit 1998 schreibe er schwarze Zahlen, von 2005 bis 2007 habe er jährliche Umsatzsteigerungen von 15 bis 20 Prozent erzielen können.

Die Krise in den vergangenen beiden Jahren habe jedoch auch bei ihm für Umsatzeinbußen gesorgt, räumt Dienst ein. „Immerhin sieht es für 2010 wieder besser aus.“ Seinen Jahresumsatz siedelt er im „mittleren sechsstelligen Bereich“ an.

Auch wenn Marcus Dienst optimistisch in die Zukunft blickt, an Investitionen geplant ist nur die Vergrößerung der Ausstellungsfläche am Frankenthaler Geschäftssitz. An der Personalstruktur – neben einem freien Mitarbeiter im Außendienst werden nur Aushilfen beschäftigt – möchte der Queue-Spezialist nichts ändern. „Würde ich die Produktion steigern, könnte ich nicht mehr für die Qualität und Exklusivität meiner Produkte garantieren“, unterstreicht Dienst. Im Gegenteil: Der 42-Jährige möchte mittel- bis langfristig eher weniger, dafür noch hochwertigere und hochpreisigere Queues bauen. Gut betuchten Privatkunden aus den USA zahlte ihm für einen einzelnen Queue schon mal 50.000 Dollar, sagt er.

Einigung bei EU-Finanzaufsicht

Regierungen und Europaparlament legen Kompetenzen der neuen Behörde fest

VON CHRISTOPHER ZIEDLER

BRÜSSEL. Ziemlich genau zwei Jahre nach dem Kollaps der US-Investmentbank Lehman Brothers steht das Grundgerüst für eine neue EU-Aufsichtsbehörde, die künftige Finanzkrisen verhindern helfen soll. Nach monatelangem Streit legten gestern die Vertreter der 27 EU-Regierungen und des Europaparlaments ihren Streit über die Machtfrage der neuen Marktaufseher bei.

Die Gründung einer solchen Behörde war schon vergangenes Jahr beschlossen worden, im Frühjahr hatten die beiden europäischen Gesetzgebungsorgane jedoch völlig verschiedene Positionen eingenommen – die nationalen Regierungen plädierten für weniger Kompetenzen für die europäische Ebene, das Parlament für mehr.

Die Behörde kann besonders gefährliche Finanzprodukte verbieten.

Wenn nun die europäischen Finanzminister und die Abgeordneten nächste Woche den Kompromiss formal beschließen, wird die EU-Finanzaufsichtsbehörde zum 1. Januar 2011 die Arbeit aufnehmen. Sie ist unterteilt in die drei Bereiche Banken, Versicherungen und Börse, die jeweils in London, Frankfurt und Paris angesiedelt sind. Das Parlament konnte sich nicht mit der Forderung durchsetzen, alle Zuständigkeiten in der Mainmetropole, dem Sitz der Europäischen Zentralbank, zu bündeln. Nationale Eitelkeiten auf Seiten der Regierungen verhinderten dies.

Wohl aber konnten die Abgeordneten Kompetenzen durchsetzen, die in einigen Bereichen „sogar deutlich über den ursprünglichen Kommissionsvorschlag hinausgehen“, wie der SPD-Verhandler Udo Bullmann gestern sagte. Dazu gehört vor allem, dass die nationalen Aufseher – etwa die Bafin in Deutschland – zwar das normale Tagesgeschäft überwachen. Sobald aber eine große Krise ausbricht oder gar der Markt Krisensymptome zeigt, übernimmt die neue EU-Behör-



Die EU-Finanzaufsichtsbehörde soll in London, Frankfurt und Paris angesiedelt sein. Das Europaparlament konnte sich nicht damit durchsetzen, alles in Frankfurt zu konzentrieren. Im Foto: der Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) in der Mainmetropole. FOTO: VARIOIMAGES

de das Ruder. Wann ein solcher Krisenfall vorliegt, entscheiden die Minister, nicht wie vom Parlament verlangt die Brüsseler EU-Kommission. Doch hatten sie sich lange geweigert überhaupt Macht von der nationalen auf die europäische Ebene zu verlagern. Das ist nun auch der Fall, wenn sich die einzelstaatlichen Aufseher nicht auf ein bestimmtes Vorgehen einigen können.

Bindend ist ein Beschluss der EU-Aufsicht ebenfalls, wenn ein nationales Aufsichtsgremium nicht angemessen

reagiert. Die Behörde kann zudem besonders gefährliche Finanzprodukte künftig direkt auf europäischer Ebene verbieten. Der Rat der Regierungen kann allerdings per Mehrheitsentscheid eine Entscheidung der europäischen Marktaufseher rückgängig machen.

Zentraler Bestandteil des neuen Aufsichtssystems ist ein Europäischer Ausschuss für Systemrisiken. Dieser soll Risiken analysieren, Frühwarnungen aussprechen und Empfehlungen abgeben. **KOMMENTAR**

KOMMENTAR

Starke Aufsicht

VON CHRISTOPHER ZIEDLER, BRÜSSEL

Die neue Finanzaufsichtsbehörde der EU erhält mächtige Befugnisse, um künftig Krisen zu vermeiden.

Europa meldet sich mit guten Nachrichten aus der Sommerpause zurück. Die Gründung einer Aufsichtsbehörde, die das Vorgehen im Krisenfall leitet und Systemrisiken untersucht, ist eine logische Konsequenz aus der Krise. Und es ist richtig, dass Wolfgang Schäuble und sein britischer Kollege ihren Widerstand gegen neue Kompetenzen für die europäische Ebene aufgegeben haben. Das Finanzkapital agiert international, die Aufseher sollten dies auch tun. Gerade das deutsche Verbot von Leerverkäufen hat gezeigt, dass nationale Alleingänge in dieser Branche keine allzu große Wirkung mehr entfalten.

Natürlich entsteht nun eine neue

Behörde und damit mehr Bürokratie. Das jedoch ist nur ein anderes Wort für Regulierung. Und die ist auf den Finanzmärkten dringend notwendig. Wirklich ärgerlich aber ist, dass nationale Eitelkeiten verhindern haben, die drei Teile der neuen Behörde an einem Ort zu bündeln. Kostspielige Dienstreisen zwischen Paris, London und Frankfurt werden die Folge sein. Hier macht die EU ihrem Negativimage leider alle Ehre. Auch der Verbraucherschutz, nicht mehr nur das Wohlergehen der Geldinstitute, wird zur Richtschnur für Geschäfte am Finanzmarkt. Setzen sie dies wirklich um, werden die Aufseher viel Arbeit haben.

VERSICHERUNGS-TIPP

Keine Pflicht zu Kranken-Transport

DÜSSELDORF (ddp). Wer auf Kosten seines Krankenversicherers aus dem Ausland nach Hause transportiert werden möchte, muss beweisen, dass wegen des Krankheitsbildes oder eventueller medizinischer Unterversorgung eine Heilbehandlung im Ausland nicht durchgeführt werden kann und eine anschließende stationäre Heilbehandlung erfolgt. Darüber hinaus muss der Transport notwendig sein und die medizinische Lage des Versicherten berücksichtigt werden.

So kann eine private Krankenversicherung nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf nicht zum Rücktransport und zur Kostenübernahme verpflichtet sein, wenn ärztlicherseits medizinische Gefahren befürchtet werden. In dem verhandelten Fall gingen die Ärzte bei einem Transport von neurologischen Ausfallerscheinungen aus, so dass ein Rücktransport nicht infrage kam. (AZ: I-4 U 175/09)

Was sind eigentlich Ratingagenturen?

WIRTSCHAFTSLEXIKON: Umstrittene Wächter der Finanzen

Ratingagenturen sind auf Gewinn ausgerichtete Privatfirmen. Sie bewerten die Kreditwürdigkeit von Firmen und Staaten, aber auch die Qualität von Fonds und anderen Wertpapieren. Die Einstufung reicht in der Regel von AAA (sehr gut) bis D (zahlungsunfähig).

Diese Bewertungen entscheiden darüber, zu welchen Konditionen Konzerne, Banken oder Länder auf den Kapitalmärkten Geld leihen können – je besser das Rating, desto niedriger die Zinsen.

Eine häufige Kritik an Ratingagenturen ist, dass die Unternehmen, die von den Agenturen bewertet werden, diese auch bezahlen. Im Weltmarkt sind die drei Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch Ratings mit weitem Abstand bestmündend.

Nach dem Ausbruch der Weltfinanzkrise im Sommer 2007 gerieten

Burger King: Übernahme für 4 Milliarden Dollar

NEW YORK (rtr). Der Finanzinvestor 3G Capital kauft die zweitgrößte US-Fastfood-Kette Burger King für 4 Milliarden Dollar (rund 3,1 Milliarden Euro). Die Aktionäre erhalten 24 Dollar je Aktie in bar, teilte die Beteiligungsgesellschaft gestern mit. Burger King hat unter der Krise am US-Jobmarkt stärker gelitten als die Rivalen, zu denen auch der Branchenprimus McDonald's gehört. Burger King war deshalb auf der Suche nach einem Käufer. Hintergrund ist, dass die Fastfood-Kette mehr junge Männer zu ihren Kunden zählt als die Konkurrenten und diese Gruppe von dem Stellenabbau in der amerikanischen Wirtschaft besonders stark betroffen ist. **AKTIENCHART**

VERBRAUCHER-TIPP

Bahn-Ländertickets im Internet kaufen

LUDWIGSHAFEN (ebu). Ländertickets der Deutschen Bahn (DB) wie das Rheinland-Pfalz-Ticket lassen sich nun leichter im Internet kaufen. Dafür gibt man am besten zunächst „www.bahn.de/ländertickets“ ein und klickt dann „Ländertickets“ an. Dann kommt man direkt auf eine Deutschlandkarte, auf der man das gewünschte Ticket auswählen kann. Beim Rheinland-Pfalz-Ticket gibt es die Wahl zwischen der Variante für bis zu fünf Personen, die 28 Euro kostet und der Single-Variante für 20 Euro. Diese Preise gelten beim Kauf im Internet oder am Automaten. Am Fahrkartenschalter kosten die Tickets 2 Euro mehr.

Bei der Buchung ist die Strecke Koblenz-Worms eingetragen, was allerdings eher ein EDV-bedingtes Kuriosum ist und nichts über die Gültigkeit des Tickets aussagt. Das Ticket gilt am gewählten Tag zu beliebigen vielen Fahrten innerhalb von Rheinland-Pfalz und dem Saarland mit Regionalzügen (Regional-Express, Regionalbahn und S-Bahn) sowie mit den Bussen und Bahnen der Verkehrsverbände – montags bis freitags allerdings erst ab 9 Uhr. Innerhalb des Verkehrsverbunds Rhein-Neckar (VRN), zu dem die komplette Pfalz gehört, sind die VRN-Tickets 24 und 24 plus allerdings noch billiger.

Arbeitsrecht: Keine Kündigung wegen 1,8 Cent

HAMM (ddp). Das Landesarbeitsgericht Hamm hat gestern eine Kündigung wegen eines Bagatelldelikts gekippt. In dem Verfahren hatte ein 41 Jahre alter Mann geklagt, der einen Elektroroller bei seinem Arbeitgeber in Kreis Siegen-Wittgenstein für einhalb Stunden hatte aufladen lassen. Dadurch entstanden Stromkosten von 1,8 Cent. Als Reaktion auf das Aufladen des Rollers hatte das Unternehmen dem Mann fristlos gekündigt. Das Landesarbeitsgericht bestätigte mit seiner Entscheidung ein Urteil des Arbeitsgerichts Siegen, das die Kündigung als nicht berechtigt verworfen hatte.

Die Richter in Hamm verwiesen darauf, dass in dem Betrieb zum Beispiel auch Handys von Mitarbeitern aufgeladen worden seien. Deshalb wäre höchstens eine Abmahnung für den Mitarbeiter gerechtfertigt gewesen. (Az.: 16 Sa 260/10)

IHRE FRAGEN

Was Sie schon immer über Wirtschaft wissen wollten: Freitags gibt es hier Auskunft. Schicken Sie Ihre Fragen an die RHEINPFALZ Wirtschaftsredaktion, Postfach 21147, 67011 Ludwigshafen, Fax: 0621 5902-600, E-Mail: redwirt@rheinpfalz.de